

**W-1 B Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen:
Antifa in die Offensive!**

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2019
Tagesordnungspunkt: W – Wahlnachlese

Antragstext

1 23,4 % – 23,5 % – 27,5 % – Das sind die Ergebnisse der AfD bei den vergangenen
2 Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen. Der gesellschaftliche
3 Rechtsruck manifestiert sich für die nächsten 5 Jahre in drei Landesparlamenten.
4 Das Ergebnis macht nochmals deutlich, dass der bisherige Umgang der Gesellschaft
5 mit der populistischen bis faschistischen Rechten, insbesondere die Übernahme
6 von Teilen ihrer Positionen und Rhetorik, zu ihrer Stärkung beigetragen hat. Es
7 ist nun ein radikales Umsteuern nötig, um den Faschismus zurückzudrängen.

8 Bei den Landtagswahlen war zu beobachten, dass sich an vielen Stellen der
9 Zweikampf „AfD gegen die stärkste demokratische Partei“ herauskristallisierte,
10 völlig unabhängig davon, welche Partei die stärkste demokratische Partei war. Es
11 ist gut, dass die AfD nirgendwo stärkste Kraft geworden ist, wie es ihr Ziel
12 war, was letztlich aber auch auf Kosten des Ergebnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
13 ging.

14 Vor allem in Thüringen ist das Ergebnis bitter. Aber auch in Sachsen und
15 Brandenburg ist die Lage nicht viel rosiger. Das grüne Ergebnis in diesen beiden
16 Ländern ist zwar das beste, das wir in den neuen Bundesländern je hatten, aber
17 es zeigt: Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns, denn die progressive Linke
18 ist zumindest in diesen Ländern noch nicht in der Breite der Gesellschaft
19 angekommen, was sich auch daran zeigt, dass Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
20 in Sachsen zusammen weniger Stimmen erhalten haben als die AfD allein. Linke
21 Mehrheiten, wie sie in den Stadträten von Dresden oder Leipzig möglich sind,
22 sind weit weg von der jetzigen Realität.

23 Doch es gibt auch einige positive Lichtblicke, die wir nicht unterschätzen
24 sollten. Die Grünen haben ihre ersten Direktmandate in den neuen Bundesländern
25 überhaupt geholt, die Mitgliederzahlen der GJ-Ortsgruppen wachsen stetig an.
26 Auch während der letzten Wahlkämpfe haben sich unsere Aktivist*innen vor Ort
27 lautstark und engagiert eingesetzt. Gemeinsam mit Mitstreiter*innen aus ganz
28 Deutschland waren sie unterwegs um für ein gutes Ergebnis zu kämpfen. Diese

29 innerverbandliche Solidarität ist notwendig und muss in Zukunft nicht nur weiter
30 gepflegt, sondern auch ausgebaut werden.

31 Unsere Demokratie ist in Gefahr – machen wir sie stärker!

32 Nun erwarten uns schwierige Koalitionsverhandlungen und schwierige
33 Koalitionsjahre. Denn die Stärke der AfD und die an vielen Stellen herrschende
34 Ablehnung der Linkspartei durch die CDU, sorgen rein rechnerisch für ein oft
35 großes Maß an vermeintlicher Alternativlosigkeit.

36 In Brandenburg wurde ein richtungsweisendes, aber trotzdem nicht progressives
37 Bündnis zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linkspartei vorschnell
38 abgelehnt. Der gemeinsam betitelte Neuanfang durch die Koalitionäre aus SPD, CDU
39 und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn auch der
40 bündnisgrüne Federstrich deutlich erkennbar ist. Nach 10 Jahren klimapolitischem
41 Stillstand unter Rot-Rot hat das anstehende Kenia-Bündnis mit den Bündnisgrünen
42 die Chance, zum ersten Mal Klimaschutz und Nachhaltigkeit in dem
43 Regierungsprogramm zu verankern. Ob die Kenia-Regierung tatsächlich zustande
44 kommt, wird nun von der Basis abgestimmt.

45 In Sachsen sehen sich die Bündnisgrünen einem etwaigen Bündnis mit der SPD und
46 der CDU konfrontiert, um eine Schwarz-Blaue Regierung durch die Hintertür einer
47 Minderheitsregierung zu verhindern. Diese Gefahr ist real, denn die sächsische
48 CDU teilt erschreckend viele Ansichten mit der AfD.

49 Noch schwieriger sieht es in Thüringen aus. Noch ist völlig offen, ob und wie
50 eine Koalition zustande kommen kann. Ein „Nein“ der FDP und der CDU zur
51 Linkspartei oder sogar eine mögliche Koalition mit der AfD oder eine Duldung
52 durch selbige, wie in Teilen der CDU gefordert, ist für unsere Demokratie
53 schlicht unverantwortlich. Insbesondere die Thüringer AfD ist eine faschistische
54 Partei und wer mit ihr reden will, kann keine Koalitionspartnerin von BÜNDNIS
55 90/DIE GRÜNEN sein. Sollte die CDU eine Regierungsbeteiligung der AfD
56 verursachen oder sich von ihr abhängig machen, wäre das ein entscheidender
57 Kipppunkt für die Institutionalisierung des Faschismus. Das dürfen wir nicht
58 zulassen. Um keinen Preis. Dabei gingen einige CDU-Verbände auf kommunaler Ebene
59 schon weiter und kooperier(t)en mit der AfD – von Absprachen zur Organisation
60 von Mehrheiten bei Abstimmungen oder Wahlen zur Besetzung von Ausschüssen bis
61 hin zu gemeinsamen Fraktionen oder Zählgemeinschaften. Solche Kooperationen sind
62 der Beginn einer Annäherung an die AfD, die, wenn sie sich verstetigen, zu einer
63 Normalisierung der AfD führen werden, woraus wiederum Koalitionen aus CDU und
64 AfD erwachsen können.

65 Und nun? - Linke Mehrheiten erkämpfen – Für das schöne Leben für alle!

66 Die Ergebnisse zeigen uns, dass es notwendig ist, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch
67 weiterhin so stark wie möglich zu machen, da Thüringen erneut gezeigt hat, dass
68 eine bündnisgrüne Fraktion im Landtag leider immer noch keine
69 Selbstverständlichkeit ist.

70 Wir werden intern und extern auch weiterhin klar machen, dass der Rechtsruck nur
71 mit progressiven Mehrheiten, insbesondere mit der SPD und der Linkspartei zu
72 bekämpfen ist. Deswegen müssen wir auch weiterhin mit Jusos und der Linksjugend
73 darauf hinwirken, dass linke, progressive Perspektiven in der Partei Gehör
74 finden und sich die Parteien klar zur Antifaschistischen Aktion bekennen.

75
76 In der Geschichte ist ein Erstarren rechter Strömungen häufig mit einer
77 verfehlten Sozialpolitik einhergegangen, für eine Erklärung des starken AfD-
78 Ergebnisses greift diese Erklärung allerdings zu kurz. Die Rhetorik und
79 Landeswahlprogramme der AfD zeigen, dass es ihr gerade nicht um eine Lösung der
80 sozialen Frage geht, sondern um eine Ethnisierung derselbigen. Ökonomische
81 Ungerechtigkeiten werden durch die Rechte nicht als Verteilungsfragen behandelt,
82 sondern als Ventil, um Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, u. a.
83 Rassismus und Antisemitismus, zu schüren. Das Ziel rechter Akteur*innen,
84 Minderheiten als Sündenböcke darzustellen, stößt zumindest bei einem Teil der
85 Thüringer Bevölkerung auf offene Ohren – zeigen doch Umfragen wie der Thüringer
86 Monitor seit Jahren ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild bei einem Teil der
87 Menschen. Dazu kommen gefestigte rechtsextreme Netzwerke und Bastionen, auf
88 denen die AfD aufbauen kann. Multivariate Analysen zeigen, dass ehemalige
89 Wählerfolge der NPD den Boden für heutige AfD-Wählerfolge bereiteten. Wo sich
90 rechtes Gedankengut einmal verankern konnte, wirkt es auf lange Zeit fort.
91 Daraus ergeben sich aus antifaschistischer Perspektive mehrere Folgerungen.

92 Eine gerechte Sozialpolitik lässt sich mit Konservativen und Neoliberalen wohl
93 kaum grundlegend verbessern. Wenn wir nachhaltig gegen die Rechten vorgehen
94 wollen, braucht es deshalb auf Bundes- wie auf regionalen Ebenen progressive,
95 sozialpolitisch orientierte Bündnisse, um insbesondere der AfD, aber auch
96 anderen rechten Bewegungen und Vorfeldorganisationen, den Wind aus den Segeln zu
97 nehmen.

98
99 Dabei gilt es, in den öffentlichen Debatten eigene Themen zu platzieren und
100 diese positiv zu vertreten, anstatt ständig bloß auf Vorstöße der Rechten zu
101 reagieren und über jedes Stöckchen zu springen, welches sie uns hinhalten. Die
102 gesellschaftliche demokratische Mehrheit darf sich von der AfD und den rechten
103 Strömungen nicht ständig treiben lassen – weder indem sie sie die thematischen
104 Schwerpunkte des politischen Diskurses vorgeben lassen noch indem das Framing
105 rechter Strömungen aufgegriffen wird.

106
107 Klar ist ebenso, dass menschenverachtende Äußerungen sowie gruppenbezogene
108 Menschenfeindlichkeit niemals unwidersprochen bleiben dürfen und immer klare
109 Widerworte von uns als Demokrat*innen erfordern.

110 Weiter bedeuten Demokratieförderung und eine klare Kante gegen Rechtsaußen auch
111 immer Gendergerechtigkeit und Frauenförderung. Feminismus und Antifaschismus
112 gehören zusammen! Für uns als feministischen Jugendverband bedeutet das, dass
113 wir solidarisch sind mit den progressiven Parlamentarierinnen, die in den
114 nächsten Jahren vermehrt die Zielschreibe frauenverachtenden konservativ-rechten
115 Hasses werden dürften. Es gilt außerdem, queere und feministische
116 zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen und Angriffe auf deren
117 Arbeit wie auch Einzelpersonen gemeinsam abzuwehren. Solidarität ist unsere
118 größte Waffe gegen Rechts.

119 Es mangelt allerdings auch an einer schlagkräftigen, handlungsfähigen
120 Organisation antifaschistischer Strukturen auf Bundesebene. Selbst die
121 Finanzierung gut funktionierender, demokratiefördernder Projekte ist von der
122 Gunst der Regierung abhängig und wird immer wieder gekürzt. Das muss sich
123 ändern: Demokratische und menschenrechtsorientierte Bildung müssen sowohl in den
124 Schulen als auch in der außerschulischen Bildung weiter ausgebaut und finanziell
125 gestärkt werden, um menschenverachtenden Einstellungen in der Bevölkerung
126 entgegenzuwirken.

127 Wir müssen antifaschistische Bündnisse mit Perspektive aufbauen und gleichzeitig
128 Bündnisse zu anderen wesentlichen Themen stärken. Da wir für eine
129 gesamtgesellschaftliche Veränderung kämpfen, müssen wir auch unsere Antworten
130 auf die wesentlichen Fragen mehrheitsfähig machen. Dabei geht es insbesondere
131 auch darum, jungen Menschen endlich eine Stimme zu geben. Unsere Parlamente sind
132 weiterhin massiv überaltert und überproportional männlich – das muss sich
133 ändern.

134 Die bedrückenden Wahlergebnisse müssen uns ermutigen unsere antifaschistischen,
135 feministischen und ökologischen Kämpfe in ostdeutschen Bundesländern zu
136 verstärken. Dafür wird es nötig sein, die junggrünen Strukturen zu verstärken
137 und zu unterstützen. Es reicht nicht, einmal am 1. Mai zum Demonstrieren nach
138 Erfurt zu fahren, sondern die Unterstützung muss darüber hinaus gehen. Als GRÜNE
139 JUGEND müssen wir stärker, lauter und sichtbarer im Osten werden. Dazu gilt es,
140 die vorhandenen Strukturen auszubauen und neue Strukturen aufzubauen. Um damit
141 dauerhaft erfolgreich zu sein, sowie um uns auch im ländlichen Raum zu
142 verankern, braucht es bundesweite Unterstützung. Das könnte durch Strategien für
143 den ländlichen Raum, personelle Betreuung schwächerer Ortsgruppen
144 (Wissenstransfer, Orgaunterstützung, Präsenz des Bundesvorstands) und
145 Mitgliederakquirierung geschehen.

146
147 Wir wissen noch nicht, wie unsere Zukunft aussieht. Aber wir werden nicht
148 einfach zusehen, sondern mit aller Kraft für das schöne Leben kämpfen.

Begründung

erfolgt mündlich